

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

41. Sitzung
13. November 2025

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 16.42 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Vorsitzende Ülker Radziwill weist zu Beginn darauf hin, dass die Frist zur Einreichung der Fragen zur Aktuellen Viertelstunde einzuhalten sei und diese bis Dienstag der Vorplenarwoche um 15 Uhr vorliegen müssten.

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Der Vorsitzende der SPD-Fraktion wurde am Montag, dem 3.11.2025, mit Bezug auf den Gewaltschutz für Frauen im Gleichstellungsbereich im Tagesspiegel Checkpoint wie folgt zitiert: ‚Auf unsere Initiative wurden die Ausgabenermächtigungen von knapp 16 Millionen Euro im Jahre 2020 auf über 42 Millionen Euro im Jahre 2027 erhöht‘. Kann der Senat die genannten Summen und Aufwüchse nachvollziehen und erklären?“

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, dass sich die Senatsverwaltung grundsätzlich nicht zu Aussagen von Fraktionen äußere. Sie bestätige jedoch die genannten Summen und Aufwüchse in Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen. Im

Gewaltschutzbereich seien in den letzten zwei Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden, insbesondere durch die Priorisierung und Umsetzung von Maßnahmen aus dem Landesaktionsplan, den Ausbau von Schutzplätzen sowie Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen und Kinder.

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE) fragt ergänzend, wann Projektträger darüber informiert würden, in welcher Höhe angekündigte Kürzungen im Gleichstellungsetat zurückgenommen würden, da bereits Kündigungen erfolgt seien.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) verweist auf den laufenden parlamentarischen Haushaltsprozess und darauf, dass die Beratungen noch nicht abgeschlossen seien. Laut Presseberichten hätten die Koalitionsfraktionen die Absicht, insbesondere im Bereich Gewaltschutz Korrekturen vorzunehmen. Sie bitte um Geduld bis zur abschließenden Sitzung am 3. Dezember 2025.

Dr. Klaus Lederer (LINKE) stellt folgende zuvor schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Der Evaluationsbericht zum Prostituiertenschutzgesetz vom Juni 2025 kritisiert in Bezug auf die Umsetzung durch die Länder insbesondere die Regelungen zur obligatorischen Anmeldung und Ausweispflicht von Sexarbeitenden. Diese Maßnahmen wirken laut Bericht stigmatisierend, demotivierend und abschreckend und könnten in der Praxis zu einem Rückzug in die Illegalität führen. Welche Schlussfolgerungen zieht die Verwaltung aus den Ergebnissen des Berichts, und welche Maßnahmen sind vorgesehen, um den beschriebenen negativen Auswirkungen des Gesetzes entgegenzuwirken?“

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, dass das Gesetz insgesamt positive Effekte auf die Arbeitsbedingungen habe, zugleich aber Nachbesserungen nötig seien. Verbessert hätten sich der Zugang zu Informationen für Sexarbeitende zu Arbeitsrecht und Arbeitsschutz durch die Anmeldepflicht, die gesundheitliche Beratung und die Arbeitsbedingungen durch das Erlaubnisverfahren. Verbesserungsbedarf bestehe insbesondere beim Datenschutz, hinsichtlich Bürokratie und der Erreichbarkeit vulnerabler Gruppen. Empfohlen würden Vereinfachungen im Anmeldeverfahren, der Ausbau von Beratungen und bessere Schulungen der Behörden im Umgang mit der Zielgruppe. Die Beratungsangebote von HYDRA, Frauentreff Olga und HILFE-FÜR-JUNGS seien bereits ausgebaut worden. Das Bundesministerium habe eine unabhängige Expertinnen- und Expertenkommission eingesetzt. Ihr Haus werde deren Arbeit begleiten und gegebenenfalls gesetzgeberische Bedarfe prüfen.

Dr. Klaus Lederer (LINKE) fragt, ob ein Zeitplan für diese Prüfungen vorliege und ob die Sexarbeitenden oder deren Organisationen in den Prozess eingebunden würden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, dass aufgrund der Vielzahl der Beteiligten SenASGIVA keinen Zeitplan vorschreiben könne.

Vorsitzende Ülker Radziwill stellt fest, dass damit der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) berichtet, dass am 10. November die Tagung „Wie die duale Ausbildung Geflüchteter im Berliner Gastgewerbe gelingt“ stattgefunden habe, auf der die Praxishilfe „Geflüchtete im Berliner Gastgewerbe ausbilden – Schritt für Schritt“ vorgestellt worden sei. SenASGIVA unterstütze unter anderem ARRIVO Berlin Hospitality und Joboption Berlin. Auf der Tagung hätten Geflüchtete und Betriebe von ihren Praxiserfahrungen und den bestehenden Herausforderungen berichtet. Sie appelliere an die Betriebe und Unternehmen, sich beraten und unterstützen zu lassen.

SenASGIVA habe sich für die Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ eingesetzt.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2553

**Gesetz zur Reform des Berliner Polizei- und
Ordnungsrechts und zur Änderung des Gesetzes zu
Artikel 29 der Verfassung von Berlin**

[0222](#)
IntGleich
BildJugFam
Haupt
InnSichO(f)
DiDat*

Vorsitzende Ülker Radziwill weist darauf hin, dass der mitberatende Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz in seiner Stellungnahme mehrheitlich – mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke – die Annahme des Antrags, Drucksache 19/2553, empfehle.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung die Annahme des Antrags, Drucksache 19/2553, zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Die Situation der afghanischen Community in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0232](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Zunahme der Gewalt im Regenbogenkiez,
insbesondere gegen das Projekt MANEO**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0231](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Situation und Planungen in der Großunterkunft
Tegel**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0218](#)
IntGleich

Jian Omar (GRÜNE) kritisiert eingangs, dass die Senatorin und die zuständige Staatssekretärin zu diesem Tagesordnungspunkt abwesend seien.

Vorsitzende Ülker Radziwill stellt klar, dass der Senat durch Staatssekretär Landero vertreten sei; andernfalls könne ein Vertagungsantrag gestellt werden.

Jian Omar (GRÜNE) erklärt, dass die Situation in Tegel seit zwei Jahren problematisch sei, es handle sich um die teuerste Unterkunft Deutschlands bei schlechten Unterbringungsbedingungen. Die Verträge mit Messe Berlin seien rechtswidrig gewesen, der Rechnungshof habe hohe Provisionen bestätigt. Das könne als „Hintertürfinanzierung“ eines landeseigenen Unternehmens gewertet werden.

Mit Blick auf die ab Juni 2026 umzusetzende GEAS-Reform sei das LAF schlecht vorbereitet. Nach seiner Berechnung benötige das LAF, um das Ankunftscenter betreiben zu können, 76 Stellen. Im Haushaltsplanentwurf seien keine Stellen vorgesehen. Stattdessen kämpften die Beschäftigten derzeit für eine Entfristung der Beschäftigungspositionen. Die Forderungen des Personalrats würden ignoriert, und die bestehenden Beschäftigungspositionen seien mit den offenen Stellen bezüglich Qualifikation und Bezahlung nicht vergleichbar. Das LAF werde seit drei Jahren interimistisch geleitet. Das Gericht habe darüber hinaus bestätigt, dass in die Ausschreibungsverfahren eingegriffen worden sei. Als Reaktion habe der Senat das Verfahren unterbrochen. Ein Urteil habe vor wenigen Wochen bestätigt, dass wiederum diese Unterbrechung nicht rechtmäßig gewesen sei und das Verfahren fortgesetzt werden müsse. Seine Fraktion habe immer wieder an den Senat appelliert, für bessere Arbeitsbedingungen am LAF zu sorgen.

Der Senat habe zum Ende des Jahres die Auflösung Tegels als Notunterkunft und den Umbau in ein Ankunftscenter angekündigt. Laut Presseberichten gebe es Unstimmigkeiten inner-

halb der Koalition. Was plane der Senat konkret, wie sei der Zeitplan und wann würden die geforderten Stellen eingerichtet?

Dr. Klaus Lederer (LINKE) schließt sich den Fragen an.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) verweist auf die Berichte zur zweiten Lesung im Rahmen der Haushaltsberatungen und auf das Protokoll zur 40. Ausschusssitzung.

Der Senat habe am 24. Mai beschlossen, die GEAS-Ankunftsstrukturen in Tegel zu bündeln. Die Abstimmungen und die Mittelbereitstellung seien noch nicht abgeschlossen. Die Notunterbringung werde schrittweise zurückgebaut, das Ankunftszentrum AkuZ TXL solle voraussichtlich Ende des Jahres fertiggestellt werden. Gleichzeitig stiegen die Zugangszahlen wieder seit August 2025.

Zum Zeitplan: Der Rückbau der Erweiterung Nord solle bis 30. Juni 2026 erfolgen, der Rückbau der Erweiterung Ost vom 1. Juli 2026 bis Ende 2026. Insgesamt sollten 2 600 Plätzen errichtet werden, davon 600 Plätze für das GEAS-Verfahren. Die ersten Bauabschnitte sollten Ende 2026 abgeschlossen sein, die Inbetriebnahme solle Mitte 2027 erfolgen. 500 Notunterbringungsplätze blieben im Terminal C erhalten, vorbehaltlich baulicher Maßnahmen.

Jian Omar (GRÜNE) bittet um Bestätigung, dass das Ankunftszentrum ab 2027 in Betrieb genommen werde. – Werde das Projekt „TEGEL Mütter“ weiter finanziert? – Könne die GEAS-Reform ab Juli 2026 umgesetzt werden?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) wiederholt, der Umbau erfolge in mehreren Bauabschnitten; dazu liefen derzeit die Abstimmungen.

Jian Omar (GRÜNE) weist erneut darauf hin, dass die GEAS-Reform ab Juli 2026 verbindlich umgesetzt werden müsse. Wie werde sichergestellt, dass das Ankunftszentrum rechtzeitig in Betrieb gehen könne?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) bekräftigt, dass sich der Senat in Finanzierungsabstimmungen befinde.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 6 der Tagesordnung ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.